

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

75 (29.3.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3700 II.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 75

Donnerstag, den 29. März 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Stabschef der SA, Ernst Röhm und dem Bundesführer des Stahlhelms, Franz Selbte, gründet sich der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in den „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm)“ um.

In Preußen wurde für die schulentlassene Stadtjugend ein „Landjahr“ eingeführt. Die Jugend soll dieses Jahr in Heimen auf dem Land verbringen.

Die Reise des französischen Außenministers zur Kleinen Entente und nach Polen ist für April vorgesehen, nachdem man sich in Brüssel mit der belgischen Regierung völlig geeinigt hat.

Eine Neuordnung des Pflanzenschutz- und Saatgutwesens ist vom Reichsminister für Landwirtschaft erlassen worden.

Eine preußische Verordnung über die Regelung des Straßenverkehrs wird als Vorläufer für die Reichsregelung betrachtet.

Der Stabsleiter der PD., Dr. Ley, hat eine Reihe neuer organisatorischer Anordnungen erlassen.

Die Aussichten zur Rettung der „Tscheljuskin“-Besatzung haben sich erheblich gebessert. Die günstige Wetterlage gestattet ein Einsetzen russischer Flugabwehrkräfte.

Die Paraguaner haben im Chaco einen großen Sieg über die Bolivianer errungen.

Die Bundesregierung hat eine Verordnung erlassen, wonach die Wahlordnung für den österreichischen Nationalrat außer Kraft gesetzt wird.

Ruhezustand für das Gesamtgebiet der Gewerblichen Wirtschaft

Berlin, 28. März. Der Führer der Wirtschaft, Pa. Reuber, gibt bekannt:

Zur Sicherung der reibungslosen Durchführung der auf Grund des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Ausbaus der Deutschen Wirtschaft vom 27. Februar 1934 in Angriff zu nehmenden organisatorischen Neuordnung ordne ich für das Gesamtgebiet der gewerblichen Wirtschaft einen organisatorischen Ruhezustand bis vorläufig am 30. April 1934 an. Bis zu diesem Zeitpunkt ist jede Veränderung in den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft untersagt. Soweit in dringenden Ausnahmefällen organisatorische Veränderungen nicht hinausgeschoben werden können, bedarf jede derartige Maßnahme meiner vorher einzubolenden Zustimmung. Gegenüber den in den letzten Tagen in der Tagespresse erschienenen Verlautbarungen über organisatorische Veränderungen auf dem Gebiet der Energieversorgung und der Brauereien betone ich, daß es sich bei diesen Ausführungen lediglich um Vorschläge und Pläne handelt. Die endgültige Regelung bleibt mir im Einvernehmen mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister vorbehalten.

Nur noch Reichssender!

Das Ende des Länderrundfunks

Im deutschen Rundfunk hat das letzte Jahr ganz besonders einschneidende Veränderungen gebracht, die sich nicht nur auf organisatorische, sondern auch auf technische und vor allen Dingen programmpolitische Maßnahmen bezogen. Organisatorisch machte ich von Anfang an eine Zentralisierung bemerkbar, die jetzt durch die Neuordnung, die am 1. April in Kraft tritt, geträgt wurde.

Man hat sich entschlossen, die zahlreichen Sendegesellschaften in den deutschen Ländern aufzulösen, so daß folgende Bezeichnungen aus dem Rundfunk-Programm vollkommen verschwinden: Berliner Funkstunde, Schlesische Funkstunde, Südwestdeutscher Rundfunk, Norddeutscher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk, Dänemark-Rundfunk, Mitteldeutscher Rundfunk, Saperlicher Rundfunk, Süddeutscher Rundfunk.

An die Stelle der bisherigen Bezeichnungen treten die sog. Reichssender, d. h. daß alle deutschen Hauptstädter in Reichssender umgewandelt wurden. Vom Ostermontag ab werden sich also nur noch folgende Stationen melden: Deutschlandsender, Deutscher Kurzwellensender, Reichssender Berlin, Reichssender Breslau, Reichssender Frankfurt, Reichssender Hamburg, Reichssender Köln, Reichssender Königsberg, Reichssender Leipzig, Reichssender München, Reichssender Stuttgart. Die Neuordnung hat vor allen Dingen den Vorteil, daß die ausländischen Hörer jederzeit wissen, ob es sich um einen reichsdeutschen Sender handelt oder um einen Sender im deutschsprachigen Gebiet des Auslandes.

Karfreitagkundgebung des Reichsbischofs

Berlin, 28. März. Der Reichsbischof hat, wie der evangelische Pressedienst erfährt, zum Karfreitag eine Kundgebung an die Pfarrer erlassen, die angesichts der kirchlichen Zersplitterung neue Maßnahmen zur Befriedung des kirchlichen Lebens anläßt.

In der ausführlichen Kundgebung heißt es nach einem Hinweis auf den Karfreitag, an dem sich die schonungslose Sachlichkeit unseres Gottes geoffenbart habe, u. a. wie folgt: Ich wende mich als erste an die, die auf schärfste gegen die bisherige Führung der Deutschen Evang. Kirche in Widerspruch stehen, bis zu denen, die gesagt haben, daß es Gehorsam gegen Gott sei, dem Reichsbischof Angehörig zu zeigen. Ich bitte die Amtsbrüder, nicht um meinetwegen, sondern um ihrer selbst willen, vor dem Angesicht des Getreuzigten sich noch einmal zu fragen, ob er ihnen wirklich solche Äußerungen gestattet. Ich meinerseits möchte Vergebung üben, aber auf unsere Person kommt es nicht an, sondern auf die Sache und da müssen wir ein Verständnis der Sachlage miteinander ringen. Der Reichsbischof geht dann auf den Krieg und auf das Jahr 1933 ein. Wir sollten bei dem leidenschaftlich elementaren Willen zur Einheit zwischen Nationalsozialismus und Kirche nur der Tatsache ins Auge schauen, daß unsere evangelische Kirche sich dem ungeheuren Mutismus der nationalen Bewegung nicht gewachsen gezeigt hat. Es ist gewiß verständlich, wenn der Totalitätsanspruch des Staates für viele etwas ganz Neues und Fremdes war und insbesondere dem zum Individualismus neigenden, um Innerlichkeit ringenden evangelischen Pfarrerstand schwere Anläge gab, weil man Mut und Kraft nicht aufbrachte, um den entsprechenden Totalitätsanspruch der Kirche vollstehend zu bewahren. Das gibt kein Recht vom Martyrium zu reden, wenn solcher Totalitätsanspruch auf pastorale Jagdstärke, Bedenklichkeit, Unsicherheit, schwankende Haltung oder gar verdeckte Anklagen stößt.

So ist es zu einem kirchlichen Kampf gekommen, den die große Masse des Volkes mit Erstaunen, je länger je mehr mit Verachtung und Erbitterung gegenübersteht. Denn unser Volksgenossen können es nicht verstehen, wenn Pfarrer sich streiten. Können wir wirklich vor dem Getreuzigten die Verwirrung der Gemeinden verantworten?

Das neue Geistliche Ministerium ist bei seiner Berufung beauftragt worden, als erstes eine „Amnestie“ zu erlassen. Die Kraa-

... von uns auf das ernsteste erwogen worden. Wir würden selbstverständlich nichts lieber tun, als eine Amnestie erlassen, wenn wir auch nur die geringste Garantie dafür hätten, daß damit wirklich Friede einkehren würde. Wir müssen im Gegenteil auf Grund der bisherigen Kampfmethoden der Kreise, die die Kirchenführung bekämpfen, befürchten, daß sie eine Sache des Bekenntnisses daraus machen würden, sofort den Kampf mit allen Mitteln weiterzuführen. Dadurch macht man es uns unmöglich, eine Amnestie zu erlassen. Es geht ja nicht um den Kampf zweier Richtungen, sondern um die Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung.

Der Reichsbischof fordert dann die Amtsbrüder auf, alle einen neuen Anstieg zu machen, das achte Gebot zu halten, sich nicht persönlich zu diffamieren. Sie, Amtsbrüder, denen zur Zeit in der Führung der Kirche alles verlehrt erscheint, ist es Ihnen wirklich nicht möglich, eine Zerknung um der Kirche, um des Volkes willen den Blick nur auf die Gemeinde zu richten, auf die Aufgaben, die Ihnen da vor den Füßen liegen? Kirchenpolitischen Kerger heißt nichts so sehr als ein Krankenbesuch. Fangen Sie einmal an, um die entfremdete Männerwelt zu werben, um alle die, die sich von der deutschen Glaubensbewegung angezogen fühlen; soweit sie es nicht schon getan haben, suchen und sammeln Sie die Latenträfte.

Ich habe die Mitglieder des Geistlichen Ministeriums angewiesen, möglichst bald mit den Herren Landesbischöfen und Bischöfen Verbindung aufzunehmen, und in Beratungen einzutreten, ob und inwieweit die aus dem Dienst entlassenen aufbauwilligen Kräfte wieder irgendwie in den Dienst gestellt werden können. Um der Ordnung der Kirche willen müssen wir fordern, daß die Betroffenen sich bereit erklären, ihre ganze Kraft und Aufbaubarkeit in der Gemeinde und auf Verkündigung zu konzentrieren und sich der Kirchenpolitik zu enthalten. Die Fälle, wo nicht kirchenpolitische, sondern staatspolitische Gründe nahegebend waren, müssen selbstverständlich besonders behandelt werden. Der Reichsbischof schließt mit dem Hinweis auf 1. Korinther 7, „... daß nicht das Kreuz Christi zunichte werde“.

Der Stahlhelm ist umgegründet

Umgründung des Stahlhelms in den Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm)

Der Wortlaut der Vereinbarung

Berlin, 28. März. Das Bundespräsidium des Stahlhelms teilt mit:

Zwischen dem Stabschef der SA, Ernst Röhm und dem Bundesführer des Stahlhelms, Franz Selbte, ist die nachstehende Vereinbarung getroffen, die dem Führer und durch diesen dem Herrn Reichspräsidenten zur Genehmigung vorgelegt worden ist.

1. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, gründet sich nach dem durch die nationalsozialistische Erhebung ein Teil seiner Ziele und Aufgaben erfüllt ist, um in den „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm)“.

2. Der Nationalsozialistische Deutsche Frontkämpferbund (Stahlhelm) wird vom Reichspräsidenten und vom Führer bestätigt.

3. In Anerkennung der Verdienste, die sich der Stahlhelm, BDF, um die Vorbereitung der nationalsozialistischen Revolution und um die Vertretung des Frontsoldatenabstandes seit dem November 1918 erworben hat, wird sein Gründer und Bundesführer Franz Selbte zum Bundesführer des „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm)“ auf Vorschlag des Führers vom Reichspräsidenten ernannt.

4. Die Zugehörigkeit zum „NSDFB“ steht den alten Mitgliedern des Stahlhelms, sowie jedem deutschen Soldaten außerhalb des aktiven Dienstes in der Wehrmacht offen, der am Aufbau des nationalsozialistischen Staates mitarbeiten will. Die von dem 30. Januar 1933 dem Stahlhelm angehörenden Mitglieder können ohne weiteres in den neuen Bund übernommen werden. Später eingetretene Mitglieder bedürfen einer besonderen Genehmigung der Obersten SA-Führung. Angehörige der SA, SS, SA-Nr. 1, SA-Nr. 2 und NSKK dürfen, soweit sie die vorstehenden Voraussetzungen erfüllen, Mitglieder des „NSDFB“ sein. Der Dienst in der SA, geht jedoch stets vor. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der SA und in NSDFB ist untersagt.

5. Unabhängig von der SA und Parteizugehörigkeit wird jedes Mitglied des NSDFB als Volksgenosse mit gleichen Pflichten und Rechten im nationalsozialistischen Staat gewertet. Von der Obersten SA-Führung und der Parteileitung wird angefordert, daß die NSDFB, obliegende Pflichten soldatischer Tradition und soldatischer Kameradschaft als vaterländische Aufgabe und die Mitarbeit beim Aufbau des nationalsozialistischen Staates den Ehre der SA und der Partei genießt. Wehrpolitische und wehrvolkspolitische Tätigkeit gehört nicht zum Ausbaubereich des „NSDFB“.

6. Die begonnene Ueberführung wird gemäß der Anweisungen der Obersten SA-Führung durchgeführt. Den in die SA überführten alten Kämpfern des Bundes Stahlhelm verleiht die Oberste SA-Führung das Abzeichen der alten Kämpfer der SA (Winkel am rechten Oberarm, jedoch schwarz statt gold, bzw. Silber). Sie dürfen außerdem das Abzeichen der alten Garde des Stahlhelms tragen.

7. Die Mitglieder des Bundes Stahlhelm werden aus ihrer Verpflichtung dem Bunde und dem Bundesführer gegenüber entlassen. Die neue Verpflichtungsformel für den „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm)“ gibt der Bundesführer bekannt.

8. Die Fahnen des Stahlhelms, BDF, werden von den Ortsgruppen usw. denen sie angehören, in die Obhut der neu zu bildenden Ortsgruppen usw. des „NSDFB“ gegeben.

9. Dem „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm)“ wird ein neues Abzeichen verliehen, in dem das Hakenkreuz mit den Symbolen des Stahlhelms vereinigt ist. Die Uebergangsbestimmungen betreffen die Versicherung und die notwendigen wirtschaftlichen Vereinbarungen, werden zwischen der Obersten SA-Führung und dem Bunde Stahlhelm mittelbar geregelt werden.

Bestätigt:

ges. von Hindenburg
ges. Adolf Hitler

ges. Ernst Röhm
ges. Franz Selbte

Die alte Feldmütze kommt wieder

Berlin, 28. März. Nach einer neuen Verfügung des Reichswehrministers wird an Stelle der bisherigen Feldmütze mit Tuchschirm für Unteroffiziere und Mannschaften die Feldmütze ohne Schirm in ähnlicher Form, wie sie in der alten Friedensarmee getragen wurde, wieder eingeführt. Der Offizier trägt in Zukunft zum Feldanzug eine weiße Feldmütze mit glottem Schirm in Form der bisherigen Dienstmütze mit einem armetweitem Tuch gestanzten Eichenlaubkranz.

Neue Verhaftungen im Memelgebiet

DAK, Königsberg, 28. März. Die litauische Staatspolizei hat am 27. März im Memelgebiet wieder eine Reihe Hausdurchsuchungen vorgenommen. Der Rechtsanwalt Borchert, der Direktor der Landwirtschaftsbank, Bertuleit, der Gutbesitzer Lorenz, der Lehrer Kwanta, Rechtsanwalt Dr. Böttcher, der Redakteur der „Memeler Rundschau“, Martin Preifisches, und ein gewisser Mehlner wurden verhaftet und nach Sowjoren gebracht.

Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so würde diese Maßnahme eine neue schwere Drangsalierung der memelländischen Bevölkerung darstellen. Es handelt sich durchweg um unbefleckte Persönlichkeiten, deren Loyalität auch der litauischen Regierung gegenüber außer Frage steht.

„Ein Landjahr“ für schulentlassene Stadtjugend in Preußen

Berlin, 28. März. Das preussische Staatsministerium hat ein Gesetz über das „Landjahr“ beschlossen, wonach die schulentlassene Stadtjugend zu einem „Landjahr“ verpflichtet wird, das sie unter Betreuung von Leitern und Helfern in Heimen zu verbringen hat. Von zünftiger Seite wird hierzu bemerkt, daß dieses Landjahr, das ab Oitern dieses Jahres in Preußen eingeführt wird, nicht etwa eine Verlängerung der geschulischen Schulzeit als solche darstellt und absichts von jedem Schulbetrieb durchgeföhrt werden wird.

Damit kann das Landjahr auch in keiner Beziehung einen Vorgriff etwa auf die kommende Schulreform bedeuten, zumal es sich zunächst nur um eine Maßnahme handelt, die als Versuch in Preußen erprobt werden soll. Uebrigens ist die Einrichtung des Landjahres, das der Initiative des preussischen Kultusministers Ruit entspringt, nicht weniger dem großen Verständnis des preussischen Finanzministers Professor Dr. Popitz für alle kulturellen Belange des Landes zu verdanken.

Nach dem Willen und Zweck des „Landjahres“ werden in erster Linie Kinder der Großstädte und erst dann die Kinder der kleineren Städte bis zu einer Einwohnerzahl von etwa 25 000 erfasst werden. Kinder nationalpolitisch und sittlich gefährdeter Gebiete sollen durch Tauglichkeitsprüfungen ausgewählt werden. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, wenn die Kinder arbeitsloser Eltern und diejenigen, die in keiner Lehrstelle untergekommen sind, bevorzugt werden. Die Gruppen sollen in den Heimen die Zahl von 30 Kindern nicht überschreiten und nach Größe der Lager zu Gemeinschaften zusammengefaßt werden können. Die Leiter dieser Gemeinschaften sind für die Durchführung des Erziehungsplanes verantwortlich, die Aufsicht führen die Regierungspräsidenten unter der Aufsicht des Kultusministers. Zur Aufbringung der jährlichen Kosten verpflichtet das Gesetz die Landräte wie die Stadtschulverbände. Für die Finanzierung wird die Einrichtung der Landesschulklasse unter Erweiterung ihrer Aufgaben dienlich gemacht werden. Die wirtschaftspolitische Bedeutung des „Landjahres“ erhellt am deutlichsten die Tatsache, daß Oitern 1934 gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von einem Drittel der Schulentlassenen aus dem Arbeitsmarkt erscheinen. Zunächst wird allerdings das „Landjahr“ für 1934 nur erst 20 000 bis 25 000 Kinder erfassen und probeweise durchgeführt werden.

Eingliederung des „Angriff“ in den Zentralpartei-Verlag

Berlin, 28. März. Der „Angriff“ veröffentlicht eine Mitteilung an seine Leser, in der es heißt, daß die nationalsozialistische Presse seit der Machtergreifung ihren Leserkreis unauflöslich und fortgesetzt erweitert habe. Es ergebe sich nunmehr die Notwendigkeit, die parteiamtlichen Zeitungen noch zielbewußter einzusetzen und ihr Aufgabengebiet planmäßig zu erweitern. Aus diesem Grunde habe sich der Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. G.m.b.H. entschlossen, den „Angriff“ mit Wirkung vom 15. April 1934 unmittelbar in den Zentralpartei-Verlag einzugliedern. Diese Neuorganisation mache die Liquidation des Verlags der „Angriff“ G.m.b.H. erforderlich. Im Einzelnen mit Dr. Göbbels, dem Gründer des „Angriffs“, habe der Zentralverlag alle Vorbereitungen getroffen, um den „Angriff“ unter Wahrung seiner Tradition als revolutionäres Kampfblatt der Bewegung in Berlin zur führenden nationalsozialistischen Abendzeitung Berlins zu machen.

Die Marktregelung für Eier in ganz Deutschland in Kraft

DNB, Berlin, 28. März. Mit dem 1. April 1934 tritt die neue Marktregelung über die Erfassung und den Verkehr mit Hühneriern für das ganze Reichsgebiet in Kraft. Die Bekanntmachung vom 10. Februar 1934, die die Hinausschiebung der neuen Marktordnung vorsah, ist mit dem 31. März abgelaufen. Mit den neuen Bestimmungen tritt also auch der Uebernahmeheschein A für Inlandseier in Geltung. Kennzeichnungsstellen und Standardisierungsberechtigte Einzelerzeuger haben den Uebernahmeheschein A bei der Reichsstelle für Eier anzufordern und zwar zunächst für den voraussichtlichen Eierablaß in einer Monatsfrist. Von nun an sind zum Eierkauf nur die von den Bezirksbeauftragten bestätigten Sammler berechtigt. Zur Regelung des Marktes sind sämtliche Eier bei den Sammelstellen bzw. Kennzeichnungsstellen abzuliefern. Befreit sind von dieser Ablieferung die Eier, die vom Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher abgesetzt werden. Ein freies Aufkaufen von Eiern ist nicht mehr statthaft. Auszahlungspreise und Preisspannen überwacht der Bezirksbeauftragte.

Schützt die Weidenkäschen!
Bringt die Blumenzweige des Winterhilfswerkes ins Haus!

Dittha will dinnen.

Roman von Klara Haidhausen.

Urheberrechtsschutz durch Verlagsanstalt Manz, Regensburg.
41. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wer weiß,“ meinte Friedel, „vielleicht macht es Dir mehr Spaß, als Du jetzt denkst! Die Komtesse ist doch wirklich eine entzückende junge Dame — ich wollte, ich hätte so viel Chancen bei ihr wie Du! Sie wird bestimmt eine bildschöne Prinzessin. — A propos, Prinzessin — da fällt mir unwillkürlich Deine Assistentin ein, die ich vorhin kennen lernte. Alle Wetter Franz, ist das eine Prachterscheinung! Eine richtige Prinzessin könnte nicht schöner und vornehmer sein.“

„Manu, Achim?“ — Der Doktor drohte lächelnd mit dem Finger. — „Du bist ja Feuer und Flamme!“
„Bin ich auch!“ bekräftigte Friedel enthusiastisch, „vollständig begeistert! Du mußt das Fräulein mitbringen zu dem Fests, Franz, sie wird alle anderen Damen in den Schatten stellen. — Ubrigens Du, da kommt mir eine großartige Idee! Dein Fräulein wäre doch das geborene Schneewittchen — Du weißt schon — so weiß wie Schnee, so rot wie Blut usw. Herrgott, wenn ich sie gewinnen könnte! Diese Figur, die unnaahmliche Haltung, das herrliche Haar...“

„Du hast sie offenbar sehr genau angesehen!“ war Franz Hornmann mit leisem Unbehagen hin.

Aber der Assessor ließ sich nicht aus dem Konzept bringen. „Glaubst Du, daß sie mitwirken würde, Franz?“

„Ich weiß nicht,“ war die zögernde Antwort. „Fräulein Berger ist sehr bescheiden und zurückhaltend, außerdem nimmt sie es mit ihren Pflichten ungemein ernst.“

Nun war der Assessor freilich feinfühlernd genug, die ablehnende Haltung des Freundes aus all diesen Gründen herauszuhören. Aber er war nicht der Mann, sich so leicht aus dem rechten Fahrwasser drängen zu lassen, wenn er einmal mit vollen Segeln auf ein Ziel losgetrieben war im

Zur Rohstoff-Versorgung

Berlin, 28. März. In der Auslandspressekonferenz über die deutsche Arbeitsbeschaffung ergriff Staatssekretär Poße das Wort und führte u. a. aus:

Wir haben ein Gesetz verabschiedet, das dem Reichswirtschaftsminister das Recht gibt, die Rohstoffbewirtschaftung zu überwachen und zu regeln. Der Hauptgrund dieser Beobachtung der Rohstoffversorgung ist ein desimpolitischer und ein arbeitsmarktpolitischer. Sie kennen die Verknappung der Devisenbestände. Ich möchte einige Zahlen darüber geben. Wir haben als Devisenbestände der Reichsbank am Ende des Jahres 1931 die stattliche Summe von 1100 Millionen RM gehabt, eine Summe, die im Verlauf des Jahres sich auf 920 Millionen RM ermäßigt hat. Wir verfügten Ende Juni 1933 über 274 Millionen, Ende Oktober 1933 über 444 Millionen, eine Steigerung des Devisenbestandes, das hat der Reichsbankpräsident des öfteren auch in der internationalen Öffentlichkeit ausgeführt, die zurückzuführen war auf das Gesetz, das Devisenbestände nach Deutschland zurückgeführt hat. Ende Dezember 1933 betrug der Devisenbestand 396 Millionen RM und nach dem letzten Reichsbankausweis 262 Millionen, also ein Verlust von 134 Millionen in nicht ganz drei Monaten. Bei dieser Entwicklung der Devisenlage, bei der Erkenntnis der Tatsache, daß auch aus importierten Gründen insbesondere in Textilrohstoffen ziemlich erhebliche Beträge ins Ausland geflossen waren, war die Reichsregierung verpflichtet, einzugreifen, um dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Devisen möglichst gleichmäßig der deutschen Volkswirtschaft zugute kamen. Das steht in Verbindung mit einer recht beträchtlichen Zunahme der Rohstoffeinfuhr in den letzten Monaten. Wir müssen darauf bedacht sein, daß diese Zunahme im Einklang steht mit den Devisenbeständen der Reichsbank.

Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß wir in der Lage wären, durch Mittel der Reichsregierung dafür zu sorgen, daß die deutschen Waren mehr in die Welt hinausbringen. Aber wir könnten es nur dadurch überwinden, daß wir Exportprämien gäben. Ich glaube, daß diese Methode eigentlich nur kurze Beine hat. Denn der Staat pflegt sich im allgemeinen sehr bald gegen eine Dumping-Einfuhr zu wehren. Wir versuchen also unter Schonung der Verflechtung der Wirtschaft mit den internationalen Beziehungen der Schwierigkeiten des Augenblicks Herr zu werden. Wir haben diese Maßnahmen getroffen, um eine Panik auf den Märkten zu verhüten und wir erwarten im allerersten Interesse, daß wir sie bald aufheben können. An eine Diskriminierung der Ausländer ist durch diese Maßnahmen nicht gedacht. Wenn in einzelnen Fällen unbedingte Benachteiligungen eintreten, so werden wir gern in der Praxis dagegen helfen. Es liegt uns keineswegs am Herzen, die Autarkie etwa durch diese Maßnahmen zu verhängen.

Eine dritte Durchführungsverordnung zum Gesetz der nationalen Arbeit

DNB, Berlin, 28. März. Der Reichsarbeitsminister hat soeben die dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit erlassen. Die Verordnung enthält in Ergänzung des vierten Abschnitts des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit noch Einzelvorschriften über die Bildung der sozialen Ehrengerichte und über das Verfahren vor diesen.

Anlegung von Tennisplätzen bei den Reichswehrtruppenteilen

Berlin, 28. März. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß nach Maßgabe der vorhandenen Mittel bei den Truppenteilen Tennisplätze angelegt werden können. Tennisschläger, Bälle und sonstiges Gerät müssen von den Sporttreibenden selbst beschafft werden. Diese Verfügung entspricht einem schon lange bestehenden Wunsch und Bedürfnis, den Tennissport in der Wehrmacht weiter auszubauen.

Eine neue englische Note an Frankreich

DNB, Paris, 28. März. Im Anschluß an die in den letzten Tagen gepflogenen Besprechungen zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und dem französischen Botschafter in London, Corbin, hat die englische Regierung in Paris eine Note überreichen lassen, in der um näheren Aufschluß über gewisse Punkte der französischen Antwortnote auf die englische Abrüstungsdenkschrift vom 29. Januar gebeten wird.

Der Quai d'Orsay ist mit der Prüfung der neuen Note beschäftigt, die dem für Donnerstag einberufenen Ministerrat unterbreitet werden wird.

öffentlichen Leben — sei's auch nur als Vergnügungskommissär eines kleinen Badefestdächens — etwas erreichen will, muß diefellig genug sein, so etwas zur gegebenen Zeit eben einfach nicht zu hören.

So trieb er auch jetzt mit unverminderter Liebenswürdigkeit den Freund in die Enge, ohne sich lang den Kopf über die Gründe zu seinem Widerstreben zu zerbrechen. „Wenn Du erlauben würdest, daß ich sie gleich frage, Franz! Das heißt natürlich — wenn Du das Fräulein für die paar Abende, die nötig sind heurlauben willst.“

Dr. Hornmann zwang sein immer stärker werdendes Mißbehagen gewaltsam nieder und erhob sich. „Fräulein Berger kann selbstverständlich über ihre Abende frei verfügen. Wenn Du sie also fragen willst — übrigens, was hast Du denn für sie für einen Prinzen in Bereitschaft? Ich glaube, beim Schneewittchen tritt auch so etwas in Funktion, nicht?“

„Allerdings,“ bejahte Friedel. „Diese Rolle habe ich von Anfang an für mich selbst zurückgelegt — allerdings dachte ich bis jetzt an ein anderes Schneewittchen. Aber wenn Fräulein Berger zusagt — ich glaube, wir würden sehr gut zusammenpassen, meinst Du nicht auch?“

Wenn Franz Hornmann in den wenigen Sekunden, die er brauchte, um zur Tür des Spechzimmers zu gehen und Dittha hereinzurufen, Zeit gehabt hätte über sich selber nachzudenken, hätte er zum zweitenmal an diesem Morgen die Entdeckung machen müssen, daß er sich über etwas ärgerte, das ihn im Grunde gar nichts anging — und daß dieses Etwas merkwürdigerweise auch diesmal wieder mit Lore Berger zusammenhing. Es war ein seltsamer Aufruhr in ihm, der sich noch verstärkte, als er sie dann vor dem Freund stehen sah und hören mußte, wie sie ihm auf seine Bitte freundlich lächelnd ihre Mitwirkung zusagte — vorausgesetzt natürlich — ein schelmischer Blick der blauen Augen lag zu ihm herüber — „daß der Herr Doktor es erlauben?“

Er beeilte sich natürlich, seine Zusage zu geben — mit welchem Recht hätte er sie auch verweigern können! — Aber er tat es mit einem Gefühl, das einer tiefen Enttäuschung verzweifelt ähnlich sah. Er wußte in diesem Augenblick, daß

Neuordnung des Pflanzenzucht- und Saatgutwesens

Berlin, 28. März. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, R. Walter Darre, hat am 26. März 1934 die Neuordnung über Saatgut erlassen und damit dem Reichsnährstand die Ermächtigung gegeben, die langerwünschte Neuordnung des Pflanzenzucht- und Saatgutwesens vorzunehmen. Nach dem Grundgedanken der Neuordnung soll von einem bestimmten Zeitpunkt ab nur noch anerkanntes Saatgut als Saatgut in den Verkehr gebracht werden dürfen. Dieser Zeitpunkt wird bei den einzelnen Kulturpflanzen verschieden sein. Der Reichsnährstand wird das Sortenverzeichnis und die Prüfung neuer Pflanzenarten auf ihre Anbauwürdigkeit regeln. Er wird das Sortenverzeichnis führen und ist ermächtigt, die Sortenvielfalt dadurch zu beschränken, daß bestimmte Sorten nicht mehr in den Verkehr gebracht werden dürfen. Besonders wichtig ist die Ermächtigung, die Preiszuschläge für Züchter und Vermehrer von Saatgut zu regeln. Das gibt die Möglichkeit, das vielumstrittene Problem des Züchterschutzes in einfacher und gerechter Weise zu lösen.

Abschluß der Londoner Ermittlungen im Stabist-Standal

London, 28. März. Der französische Detektiv und der französische Schmuckfachverständige nahmen eine genaue Untersuchung der im Londoner Fiancienhaus verlegten Juwelen vor, die nunmehr endgültig als ein Teil der Stabist-Schmuckstücke festgestellt wurden. Sutton teilt mit, daß er seinerzeit 2900 Pfund für die Juwelen vorgeschossen habe und daß er mehrere Stücke in der Zwischenzeit bereits weiterverkauft habe.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 28. März. In der Nähe von Lemdes (Arr. Brioude) ereignete sich ein Eisenbahnunglück, bei dem nach den bisherigen Angaben drei Menschen verletzt und 13 schwer verletzt wurden. Ungefähr 25 Reisende wurden leicht verletzt. Sie konnten ihre Reise fortsetzen. Ein großer Erdstöß war die Ursache der Zugstöße.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der litauische Innenminister verbieter seinen Beamten den Besuch Deutschlands. Wie ein Kommer Blatt meldet, hat der Innenminister angeordnet, daß sämtlichen Beamten seines Ressorts in Romno und in der Provinz der Weichsel Deutschlands unterlagt wird.

Der frühere Präsident des Oranje-Freistaates. Der frühere Präsident des Oranje-Freistaates Reitz ist im Alter von 90 Jahren in Kapstadt gestorben. Reitz war Präsident von 1888 bis 1895. Kurz vor dem Burenkrieg wurde er Staatssekretär in Transvaal und spielte als solcher eine führende Rolle in den Verhandlungen mit Lord Milner. Reitz war es, der das Ultimatum an die englische Regierung verfaßte, das im Oktober 1899 zum endgültigen Bruch mit England führte. 1902 war Reitz einer derjenigen, die gegen die Annahme der englischen Friedensbedingungen stimmten, worauf er es vorzog, in die Verbannung nach Amerika zu gehen. Später kehrte er zurück und übernahm die Präsidentschaft des ersten Unionjates.

Der Nachfolger des Bundesrats Mujn. Die Vereinigte Bundesversammlung in Bern wählte zum Nachfolger des zurückgetretenen katholisch-konfessionellen Bundesrats Mujn den von allen bürgerlichen Fraktionen vorgeschlagenen katholisch-konfessionellen Ständerat Philipp Etter. Er war vorher Finanzdirektor des Kantons Zug.

Der neue Intendant des Deutschen Opernhauses. Reichsminister Dr. Göbbels hat den Kammerlänger Wilhelm Rode zum Intendanten des Deutschen Opernhauses (früher städtische Oper Charlottenburg) berufen.

Zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident in der vom Schwurgericht in Magdeburg am 8. November 1933 gegen Paul Wegner wegen Mordes verhängte Todesstrafe im Gnadenwege zu lebenslänglichem Zuchthaus umgewandelt.

Kreuzer „Karlshöhe“ in Kalifornien. Unter den Salutsschüssen der Batterien von Fort Mojoceras und North Island ist der Kreuzer „Karlshöhe“ hier vor Anker gegangen.

Ueberjammungen in Chile. Die Cordillerenflüsse sind infolge der zahllosen Vollenbrüche derart angeschwollen, daß zahlreiche Ortschaften von den Wassermassen ernstlich bedroht werden. Die Stadt Baquedano ist überflutet. Die Einwohner flüchteten in die Berge. Viele von ihnen ertranken unterwegs. Auch die Stadt Copiapo, die 20 000 Einwohner zählt, ist zum Teil unter Wasser.

er gehofft hatte, sie würde nein sagen. Ja, es sah ihm, als wären da eine Menge sehr triftiger Gründe dafür dagewesen, daß sie hätte ablagen müssen.

Lässig gegen seinen Schreibtisch gelehnt beobachtete Dr. Hornmann die beiden anderen mit ständig wachsender Bestimmtheit. Der Assessor schien es ganz vergessen zu haben, daß er schon vor ziemlich geraumer Zeit „nicht länger hätte hören wollen“, und — das Mädel! Wie ihre Augen leuchteten und die Wangen glühten — wie herzlich sie Achim jetzt die Hand entgegenstreckte! Auf seine Gegenwart schienen sie überhaupt vergessen zu haben.

War's denn möglich, daß ein so ernst und tief veranlagtes Mädelchen an einem derartigen Firtelanz solchen Gefallen fand? Oder — blickartig beleuchtete eine jähe Erkenntnis die Situation plötzlich von einer anderen Seite — vielleicht galt ihr Gefallen weniger dem Vorschlag als vielmehr dem Vorschlagenden? Sie hätte ja blind sein müssen, wenn sie des Assessors Interesse nicht bemerkt hätte und schließlich war Achim wohl ein Mann, der einem Mädel gefallen konnte. Vielleicht machte sie sich gar Hoffnungen, die sich natürlich nie erfüllen würden!

Aber — trotz einer plausiblen Erklärung für seine Bestimmung gefunden zu haben, verfolgte der Doktor die neue Spur mit großem Eifer — er würde schon die Augen offen halten. Für einen Firtel oder gar für eine Liebeslei war Lore Berger viel zu schade, das würde er dem Freund rechtzeitig zu verstehen geben. Das war er dem jungen Mädelchen schuldig, das sich vertrauensvoll in den Schutz seines Hauses begeben hatte — das war er vor allem auch Frau Ilse schuldig.

Beruhigt und befriedigt darüber, aus allerhand unverständlichen Gefühlen heraus doch zu einem klaren Ergebnis gekommen zu sein, begab sich Franz Hornmann — nachdem der Assessor glänzend gegangen war, in sein Ordinationszimmer zurück. Dort vergaß er in der gewissenhaften Ausübung seines Berufes sehr bald auch den letzten Rest eines Argers, über dessen eigentliche Ursache er sich ja diesmal noch glücklich weggetäuscht hatte.

(Fortsetzung folgt.)